IX. Standesangelegenheiten.

XXII. Deutscher Aerztetag in Eisenach.

Eisenach, 29. Juni. Der XXII. Aerztetag wurde heut Vormittag 9 Uhr im Saale der Erholung zu Eisenach durch den stellvertretenden Vorsitzenden Aub (München) eröffnet. In der Einleitungsrede gedachte Aub mit warmen Worten des ersten Vorsitzenden, Graf, der, durch ernste Erkrankung zurückgehalten, zum ersten male seit 21 Jahren an seinem Platze fehle (er weilt als Reconvalescent in der nahen Köllner'schen Anstalt auf dem Hainstein). Bezirksdirektor v. Eucken und Ober-Bürgermeister Müller begrüßten die Versammlung, jener im Namen der Grossherzoglichen Regierung, dieser im Namen der Stadt Eisenach. Wie aus dem erstatteten Geschäftsbericht hervorgeht, ist die Zahl der dem Aerztetage angehörigen Vereine im Vorjahre von 239 auf 244, die Mitgliederzahl von 13467 auf 14177 gestiegen. Von den Ausschussmitgliedern hat bedauerlicherweise Cnyrim (Frankfurt a. M.) seinen Austritt angezeigt. Ausserhalb der Tagesordnung lagen Anträge der Centralhülfskasse für die Aerzte Deutschlands, ferner von Franz (Alters- und Invalidenversicherung), von Landsberg (Heilstätten für Tuberkulose) und endlich die bekannten Anträge des Friedrich-Wilhelmstädtischen Vereins in Berlin vor, auf deren Erledigung für diesmal verzichtet werden musste. Als eine künftige, einstweilen dem neugebildeten Geschäftsausschuss zu überweisende Aufgabe wurde vom Vorsitzenden auch die Beseitigung der in lästiger Weise sich geltend machenden Doppelstimmen (durch Bethheiligung von Aerzten an mehreren Vereinen) nachdrücklich hervorgehoben.

Nach einem kurzen Bericht von Wallichs über die Ausführung der Beschlüsse des vorjährigen Aerztetages und über die von ihm (an Stelle von Graf und Aub) übernommene Vertretung beim römischen Congresse, trat die Versammlung in den ersten Haupttheil ihrer Tagesordnung ein, der „das Verhältniss der Aerzte zu den Lebensversicherungsgesellschaften“ zum Gegenstand hatte.

Es ist nicht möglich, der überaus lebhaften Discussion, die die ganze Dauer der Sitzung (bis gegen 4 Uhr) ausfüllte, in ihren Einzelwindungen hier zu folgen. Seitens der Commission lagen formulierte Vorschläge vor, zu denen vom allgemeinen mecklenburgischen Aerzteverein, vom Verein Düsseldorf-Stadt, vom Geschäftsausschuss der Berliner Standesvereine, und von Gotha (Dr. Florschütz) Verbesserungs- und Gegenanträge formuliert waren; ausserdem wurden im Verlauf der Sitzung fast zu jedem Passus noch eine Fülle zum Theil rein formaler Einzelanträge gestellt, die den Lauf und die Leitung der Verhandlungen nicht wenig erschwerten. Als Vorsitzender zeigte sich Aub der schwierigen, neu übernommenen Aufgabe durchaus gewachsen. Als Referenten für die Commissionsvorschläge fungirten Krabler (Greifswald), Heinze (Leipzig) und Piza (Hamburg). Die Anträge der Berliner Standesvereine wurden durch Davidsohn in geschickter und sachlicher Weise vertreten; ausser ihm machten sich von Berliner Collegen noch Alexander und Henius (letzterer auch als Vertreter der Düsseldorfer Vorschläge), von Auswärtigen Asch (Breslau), Dippe (Leipzig), Dressler (Karlsruhe), Götz (Leipzig), Osterloh (Dresden), Reder (Rostock), Tiedemann (Bremen) u. a. rednerisch bemerkbar. Es kam zu folgenden — mehrfach von den Commissionsvorschlägen abweichend gestalteten — Beschlüssen:

1. Anstellung der Vertrauensärzte. Die Vertrauensärzte werden von der Direktion angestellt, nicht von den Agenten.

Wird eine Aenderung in dem Verhältniss von Gesellschaft und Vertrauensarzt (Wechsel oder Nebenanstellung anderer Aerzte) beabsichtigt, so ist der Vertrauensarzt seitens der Direktion vorher schriftlich zu benachrichtigen.

2. Die Untersuchung findet im Hause des Arztes statt; die Untersuchung ausser dem Hause soll nur in Ausnahmefällen als erlaubt gelten.

3. Formulare. Im Interesse der ärztlichen Untersuchung liegt es, einheitliche Formulare herzustellen. Dieselben zerfallen in „Declaration II“ und vertrauensärztliches Attest, und zwar ist diese Trennung aus versicherungstechnischen und juristischen Gründen geboten.

4. Die vertrauensärztlichen Gutachten werden von den Aerzten den Direktionen direkt zugesandt. Die Vertrauensärzte sind verpflichtet, von dem Ergebniss der Untersuchung weder dem Untersuchten noch dem Agenten Mittheilung zu machen. Auch von der Direktion dürfen Mittheilungen über den Inhalt der vertrauensärztlichen Zeugnisse weder dem Agenten noch dem Untersuchten gemacht werden.

5. In Zukunft werden die Lebensversicherungsgesellschaften die hausärztlichen Atteste (abgesehen von den Fällen, in welchen der Aussteller des hausärztlichen Attestes verstorben ist) nicht mehr austauschen, sondern im Bedarfsfalle die Namen der betreffenden Aerzte aufgeben, um die Wiedereinforderung eines haus-

ärztlichen Attestes zu ermöglichen. Die Fragen über die Gesundheitsverhältnisse der Angehörigen fallen im hausärztlichen Attest in Rücksicht auf den § 300 des Strafgesetzbuches fort.

Alles weitere (Feststellung der Formulare, Honorarsätze u. s. w.) wurde dem Geschäftsausschuss überlassen, zu dessen statutenmässiger Neuwahl sodann geschritten wurde; die Abstimmung ergab Graf, Aub, Wallichs, Krabler, Busch, Becher, Pfeiffer, Sigel, Brauser als Gewählte oder Wiedergewählte.

Der äussere Verlauf der (von 113 Delegirten besuchten) Versammlung gestaltete sich bisher allen Wünschen entsprechend. Ein Mittagessen im Gasthofe zum goldenen Löwen vereinigte nach der Sitzung die Theilnehmer und ihre Damen, die später noch einer Einladung des Dr. Köllner zum Besuche seiner Anstalt auf dem Hainstein in grosser Zahl folgten und dort, im Angesicht der Wartburg, einige schöne Abendstunden verbrachten.

Eisenach, 30. Juni. Der heutige zweite Sitzungstag war ausschliesslich den Beziehungen der Aerzte zu den Berufsgenossenschaften gewidmet. Zu den vom Ausschuss formulirten Vorschlägen, die von Busch (Crefeld) als Referenten vertreten wurden, lagen auch hier zahlreiche Ergänzungs- und Verbesserungsanträge, namentlich vom Verein Königstadt (Berlin), vom Berliner Nordclub, von Göpel (Frankfurt a. O.) u. s. w. vor. Die Berliner Anträge wurden durch Marcuse (Königstadt) und Alexander (Nordclub) in würdiger und — wie der Erfolg lehrte — auch nicht unwirksamer Weise — obgleich den Berlinern oft genug ihre „localen Schmerzen“ vorgehalten wurden — zur Geltung gebracht. An der langen und, wie bei der Wichtigkeit der Sache und der Verschiedenheit der Standpunkte natürlich, hier und da ziemlich erregten Debatte waren ausser den schon Genannten insbesondere Blasius (Berlin), Loebker (Bochum) und Glovalla (Königshütte) — die beiden letzteren als Vertreter der rheinisch-westfälischen und der ober-schlesischen Industriebezirke — in hervorragender Weise betheiligt. Das Ergebniss der mehr als fünfstündigen Verhandlungen war die Annahme der Commissionsvorschläge, jedoch mit Hinzufügung dreier nicht unwichtiger Ergänzungsanträge des Nordclubs, sowie eines principiell wichtigen Schlusszusatzes der Königstadt, wonach künftig auch in den Schiedsgerichten ein Arzt Sitz (ohne beschliessende Stimme) erhalten soll. Die gefassten Beschlüsse in dieser die Aerztewelt mit Recht so lebhaft interessierenden Angelegenheit erhalten demnach folgenden (auf die früheren Leipziger Beschlüsse von 1892 ausdrücklich Bezug nehmenden) Wortlaut:

A. Da nach der Zusage des Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften für letzteren keine Veranlassung zu einer gemeinsamen Erörterung und Regelung dieser Beziehungen vorliegt, so ersucht der 22. Aerztetag im Verfolg seiner früheren Beschlüsse die Aerzte, die darin ausgesprochenen Grundsätze der Collegialität zu befolgen. (Benachrichtigung des behandelnden Arztes bei Controllbesuchen, bei Abgabe von Gutachten, bei Ueberweisung eines Verletzten an einen anderen Arzt, in ein Krankenhaus oder eine andere Heilanstalt).

Wenn ein Befundbericht des erstbehandelnden Arztes nicht bei den Acten vorhanden, soll ein solcher nachträglich gefordert werden.

(Hierzu angenommene Ergänzungsanträge des Berliner Nordclubs):

1. Der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaften (Unfallversicherungsarzt) hat den behandelnden Arzt von jedem Controllbesuche bei Unfallkranken möglichst vorher zu benachrichtigen.

2. Von denjenigen Controllbesuchen, bei denen eine genaue Untersuchung des Unfallkranken beabsichtigt ist, hat der Vertrauensarzt den behandelnden Arzt mit Angabe der Besuchszeit so frühzeitig zu benachrichtigen, dass eine gemeinsame Berathung möglich ist.

3. Liegt nach Ansicht des Vertrauensarztes die Nothwendigkeit vor, a) das eingeschlagene Heilverfahren zu ändern, b) die Ueberweisung an einen Spezialarzt der Berufsgenossenschaften oder die Aufnahme in ein Krankenhaus anzuordnen, c) in die Bestimmung über die etwaige Arbeitsfähigkeit einzugreifen, so ist von ihm ein Einvernehmen mit dem behandelnden Arzte anzustreben. —

B. Der Aertztetag theilt den 1) staatlich anerkannten Vertretungen der Aerzte, 2) ärztlichen Vereinen, 3) Medicinalbeamten, 4) Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften diese Beschlüsse mit und bittet, für die Durchführung derselben einzutreten.

C. Der Aertztetag giebt seinem Ausschuss den Auftrag, angesichts der bevorstehenden Novelle und Erweiterung des Unfallversicherungsgesetzes bei den zuständigen Behörden zu beantragen, dass 1) in den Vorständen der Berufs- resp. der Unfallversicherungsgenossenschaften, 2) deren Sectionen, 3) im Reichsversicherungsamt ein Arzt Sitz und Stimme erhält und 4) in den Schiedsgerichten ein Arzt Sitz erhält.

Man kann das Endergebniss dieser Verhandlungen nur als sehr glücklich bezeichnen, insofern hiermit offenbar eine feste und unverrückbare Grundlage der ärztlichen Anforderungen auf diesem Gebiete gewonnen ist, von der aus hoffentlich auch später eine Wiederanknüpfung der einstweilen abgebrochenen Beziehungen und eine Verständigung mit den Berufsgenossenschaften sich als möglich erweisen wird.

A. Eulenburg.